

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Demontagen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der erste Deutsche Bundestag stellt fest, daß die fortdauernden Demontagen die Gesundung der Wirtschaft verhindern und eine unerträgliche Belastung des neuen demokratischen Staatswesens bedeuten.

In einer Zeit, in der mit Hilfe des Marshall-Plans alle Anstrengungen gemacht werden sollten, die bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte Europas zu erreichen, werden in Deutschland unentbehrliche Anlagen zerschlagen. Auf diese Weise wird der vom Marshall-Plan erstrebte Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz unmöglich gemacht.

Demontagen und Beschränkung von Friedensindustrien erscheinen dem deutschen Volk als Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung. Die Alliierten haben alle Möglichkeiten in der Hand, ihre Wünsche nach Sicherheit und Wiedergutmachung zu befriedigen, ohne Arbeitsplätze zu zerstören. Europa ist nicht damit gedient, daß man Produktionsanlagen vernichtet.

Im Ringen um die Abwendung dieser Zerstörungen hat es das deutsche Volk dankbar empfunden, daß es auch im Ausland Verständnis und Hilfe gefunden hat. Im besonderen gilt dieser Dank dem Senat der Vereinigten Staaten und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der amerikanischen Gewerkschaften. Seit dem Beschluß des Senats auf eine erneute Nachprüfung der Demontage-Liste haben sich jedoch Tempo und zerstörender Charakter der Demontagen verstärkt.

Der Bundestag erhofft von den Regierungen Frankreichs, Groß-Britanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika, daß sie

1. eine erneute Nachprüfung der Demontage-Listen beschleunigt veranlassen;
2. bis zur endgültigen Entscheidung keine weiteren Demontagen durchführen und die laufenden Demontagen stoppen.

Bonn, den 7. September 1949

Ollenhauer und Genossen